ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Europäisierung des Saargebietes?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Europäisierung des Saargebietes?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 8, pp. 476-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131570

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

zelnen Betriebe als darin, dafür zu sorgen, daß die Freiheit nur innerhalb der festgelegten Normen ausgenutzt wird und der Prüfer darüber hinaus sich vor allem seiner eigentlichen Aufgabe zuwenden kann: unzulässige Kapitaltransferierungen zu verhindern, wobei der Schwerpunkt in der Prophylaxe gesucht werden muß.

Wichtig ist aber immer, daß das Problem nicht in das Fahrwasser des Ideologischen gedrängt und jeder verdammt wird, der den Gedanken des Planens auch nur andeutet. Allein die rationale Einsicht kann hier entscheiden, und aus ihr spricht alles für die Planung; denn gerade die jüngste Entwicklung hat gezeigt, daß die Möglichkeiten einer befriedigenden Beeinflussung aus der Liberalisierung erschöpft sind, wofür vor allem die Kausalität zu dem augenblicklichen aktiven Saldo der Zentralbank aus unserem Außenhandel mit Brasilien ein eindrucksvolles Beispiel ist. Wir werden bald vor neue Probleme dieser Art gestellt werden, die uns den Weg des Planens allein noch übrig lassen. Je mehr wir uns aber darauf einstellen, um so eher werden wir lernen, richtig zu planen; denn nur darauf kommt es an. (k)

Europäisierung des Saargebietes?

Es muß schlecht um die Vereinigung Europas bestellt sein, wenn die Europäisierung eines kleinen strittigen Gebiets für die Dokumentierung seiner gebietlichen Existenz erforderlich ist. Um es übrigens vorauszunehmen, die politische und wirtschaftliche Zugehörigkeit dieses Gebietes ist für uns nicht strittig. Man könnte es vielleicht als berechtigt empfinden, daß für den Sitz einer übernationalen Behörde, wie sie die Verwaltung der Montanunion darstellen soll, ein exterritorialer Sektor im Weichbild einer schwerindustriellen Stadt geschaffen wird, und warum nicht in Saarbrücken? Aber man sollte doch im Interesse freundnachbarlicher Beziehungen damit aufhören, diese untergeordnete Notwendigkeit zu einem politischen Handstreich auszunutzen.

Solange es in Europa Nationalitätenstaaten gibt, und das wird vermutlich noch recht lange sein, kann man es uns nicht verübeln, den politischen und wirtschaftlichen Anspruch auf das Saargebiet aufrechtzuerhalten. Dabei muß es als ganz selbstverständlich feststehen, daß die wirtschaftliche nicht von der politischen Veraltung getrennt werden kann. Das Saargebiet ist kein Raum, der sich wirtschaftlich allein tragen kann. Eine politische Autonomie muß infolgedessen eine Farce bleiben, ganz abgesehen davon, daß eine weitere Atomisierung Europas nicht im Sinne eines Vereinten Europas sein kann.

Die französischen Pläne sind etwas zu einfach, um der Wirklichkeit entsprechen zu können. Mit einer Europäisierung des Saargebietes würde es das Odium der Annexion eines nachbarlichen Teilgebietes vermeiden und sich auf der anderen Seite alle wirtschaftlichen Vorteile unbehindert sichern. Für uns liegt die Gefahr darin, daß wir bei einer Zustimmung zu der sogenannten Europäisierung sowohl den politischen wie dem wirtschaftlichen Anspruch auf dieses Gebiet aufgeben. Den berechtigten wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Produktionskraft des Saargebietes kann auch auf andere Weise als durch Annexion oder Europäisierung, die ja unter den gegebenen Verhältnissen auch nur eine getarnte Annexion darstellt, entsprochen werden. Frankreich sollte seinem gutwilligen Partner psychologisch nicht mehr zumuten, als dieser tragen kann, denn es weiß doch selbst, wie gefährlich politische Ressentiments für ein gutes nachbarliches Verhältnis sind. (sk)

Österreichs Sorgen um den Ausgleich der Zahlungsbilanz

Die Tendenz einer allgemeinen Konjunkturabschwächung auf den Weltmärkten hat sich auf den österreichischen Außenhandel besonders nachteilig ausgewirkt. Seit vielen Monaten haben berufene Persönlichkeiten auf die kommende Reduzierung der Auslandshilfe warnend hingewiesen. Leider wurden diese Warnungen nicht ernst genug genommen. Die letzten vom amerikanischen Repräsentantenhaus beschlossenen Kürzungen bedeuten, daß Österreich vielleicht nur die Hälfte des im vergangenen Wirtschaftsjahr 1951/52 zum Ausgleich der Zahlungsbilanz verfügbaren Betrages erhalten wird (61 Mill. $ statt 120 Mill. $). Das geschätzte Zahlungsbilanzdefizit für das am 30. Juni endende Wirtschaftsjahr beträgt aber gerade 130 Mill. $. Selbst wenn die Kürzungen durch den amerikanischen Kongreß auf Österreich keine Anwendung finden, ist mit einem derartig hohen Zuschuß nicht mehr zu rechnen. Der Zuschuß für Österreich wurde ja durch die MSA. bereits auf 86 Mill. $ festgesetzt.

Im April 1952 verzeichnete man das geringste Ausfuhrvolumen seit August 1950. Im Mai stieg die Ausfuhr geringfügig an. Aber während man für 845 Mill. S exportierte, wurde für 1251 Mill. S importiert (davon 200 Mill. ERP.-Einfuhren). Während die Exporte gegenüber April nur um 6 Mill. S zunahmen, erhöhte sich der Einfuhrwert um 100 Mill. S. Handelt es sich dabei auch nur um eine Monatsziffer, so wirkt sie doch alarmierend.

Die österreichischen Importeure und Exporteure hoffen, daß das verbürokratisierte und verpolitisierte Verfahren der Zentralstelle für die Aus- und Einfuhr bald durchlöchert wird. Ein Anfang wurde bereits gemacht, indem der Handelsminister die Zentralstelle für die Aus- und Einfuhr ermächtigte, eine Reihe von Außenhandelsgeschäften ohne Vorlage an den Arbeitsausschuß zu erledigen. Man darf sich aber von einem schrittweise vereinfachten Bewilligungsverfahren allein keine Wunder erwarten. Die Ursachen für die Exportkrise liegen tiefer. Bei zahlreichen österreichischen Ausfuhrgütern ist die preisliche Konkurrenzfähigkeit nicht mehr gegeben. Sind auch die Ursachen für diese Tatsache in den einzelnen Sparten verschieden akzentuiert, so kann doch ein gemeinsamer Grund gerade bei den wichtigsten Industriezweigen nicht übersehen werden — die mangelnde Erhöhung der Produktivität. Österreich hat im Gegen-

satz zu anderen westeuropäischen Staaten trotz hoher Investitionsquote im Durchschnitt erst die Vorkriegsproduktivität erreicht. Diesbezügliche Warnungen, die im vergangenen Herbst nur schüchtern und vorsichtig ausgesprochen und nur sehr verklausuliert in den Zeitungen abgedruckt wurden, werden jetzt in voller Erkenntnis des Ernstes der Lage bereits laut diskutiert. Man spricht offen von einer überhöhten Lohnquote gerade bei den verstaatlichten Betrieben und von Leistungslöhnen, die auf gänzlich unzureichenden Leistungsnormen beruhen. Während der letzten Jahre war man aus politischen Gründen, die bei der exponierten Lage Österreichs nicht schwer zu erraten sind, mit den Anforderungen an die Arbeiterschaft sehr vorsichtig. Wirtschaftliche Erwägungen wurden vielfach zugunsten innerpolitischer Rücksichtnahmen unterdrückt.

Auch in Zukunft dürfte es nicht leicht sein, irgendwelche Maßnahmen vorzuschlagen und durchzusetzen, die als „Antreiberei" ausgelegt werden können. Aufgerüttelt und angetrieben werden zunächst mehr die Unternehmer und Kaufleute. Parallel mit neuen Exportförderungsmaßnahmen des Handelsministers geht die unmißverständliche und nachdrückliche Aufforderung an jeden einzelnen Erzeuger und Exporteur, die Linie des geringsten Widerstandes zu verlassen und am Kampf um Österreichs Exportmärkte mitzuwirken. Die Einführung eines echten Kurses zum Dollar kann derzeit noch nicht gewagt werden. Der allgemeine Kreditstopp wird jedoch gegenüber den Exporteuren nicht rigoros gehandhabt.

Durch Neuregelung der Agrarpreise wurde ein weiterer Schritt zur Produktionssteigerung der heimischen Landwirtschaft gemacht. Die Verhandlungen des Außenministers in Belgrad betrafen auf dem wirtschaftlichen Sektor nicht zuletzt das Problem der Futtermittel, an dem eine Bereinigung der Preissituation in der Landwirtschaft immer wieder scheiterte. Jugoslawien soll im Zuge der Ausweitung des Handelsverkehrs mit Österreich vor allem mehr Mais liefern. Auch aus den Staaten des Ostblocks sollen größere Futtermittellieferungen erzielt werden.

Der Osthandel, ein politisch und wirtschaftlich dorniges Problem, wird natürlich bei der Besprechung des Außenhandelsdefizits häufig in die Diskussion geworfen. Wenn man von propagandistisch aufgemachten Perspektiven absieht, war der kürzlich durch die österreichische Delegation in Sofia erzielte Abschluß der erste reale Fortschritt, weil sowohl nach Zusammensetzung der Kontingente als auch nach dem Umfang ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden konnte. Anfang Juli beginnen Verhandlungen mit Polen und Mitte August mit Ungarn, da das Handelsabkommen mit diesem Land Ende August abläuft. Die Kohlenlieferungen aus dem Osten wurden bisher durch eine ziemlich rigorose Preispolitik, aber auch durch Zwischengewinne des österreichischen Einfuhrhandels, stark verteuert.

In der Kohlensituation ist im übrigen in der letzten Zeit ein Wandel eingetreten. Durch eine Verfügung des Handelsministers müssen ab sofort die strengsten Maßstäbe bei der Bewilligung von Kohlenimporten angelegt werden, die das große Sorgenkind der österreichischen Devisenbilanz darstellen. Die Kohlenvorräte sind gegenwärtig befriedigend. Die inländische Produktion hat in den letzten Jahren eine so beträchtliche Steigerung erfahren, daß die Braunkohlenproduktion stellenweise sogar gedrosselt wurde. Andererseits konnte der Kohlenverbrauch durch die Umstellung großer Industrien auf Ölheizung herabgesetzt werden, wozu natürlich auch die Elektrifizierung ihren Teil beiträgt. Kohleneinfuhren aus Amerika werden gegenwärtig nicht getätigt.

Einzelne erfreuliche Großaufträge wie die Bestellung der indonesischen Staatsbahnen bei den Simmering-Graz-Pauker-Werken oder der Abschluß über 1100 Holzhäuser für Neuseeland, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es einer großen gemeinsamen Anstrengung der gesamten österreichischen Wirtschaft bedarf, um den Ausgleich der Zahlungsbilanz zu erreichen, der nicht durch Dienstleistungen und Fremdenverkehr, sondern nur durch Erfolge auf dem Weltmarkt gewonnen werden wird. (kg)

bringt Ihr Haar in Form!
Brisk erhalten Sie bei Ihrem Friseur, in der Drogerie oder Parfümerie

Der persische Ölstreit: eine Aufgabe der Diplomatie

Das Urteil des Haager Gerichtshofs im britisch-persischen Ölstreit hat in England ernüchternd gewirkt. Zwar bezieht es sich nur auf die rechtliche Frage der Zuständigkeit des Gerichtshofs und läßt die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des persischen Vorgehens unberührt, aber nachdem schon die britischen Bemühungen, auf dem Weg über den Sicherheitsrat eine Beilegung des Ölstreits durch ein internationales Gremium zu erreichen, fehlgeschlagen sind, neigt man in London heute zu der Ansicht, daß der Streitfall nur noch durch diplomatische Verhandlungen bereinigt werden kann. Diese Verhandlungen brauchten nicht unbedingt direkt und zweiseitig zu sein, doch zeigte die erfolglose Démarche Harrimans in Teheran, daß auch die Einschaltung Dritter die Empfindlichkeit und den Argwohn der Mossadek-Regierung nicht überwinden kann. Nach dem Fehlschlagen aller Versuche, durch Vermittlung außenstehender und unverdächtiger Beobachter zu einem Einverständnis mit den Persern zu gelangen, glaubt man in London, daß eine direkte Fühlungnahme nach allem noch die besten Aussichten auf eine annehmbare Lösung des Ölkonflikts bietet.

Für eine solche sind die Auspizien heute vielleicht günstiger als früher, weil beide Seiten Gelegenheit hatten, Erfahrungen zu sammeln. Der halsstarrige Premier Mossadek ist zwar fester im Sattel als je, aber seine Staatskasse ist und bleibt leer. Seine Versuche, das persische Öl auf dem Weltmarkt oder unter Umgehung des Weltmarkts an lokale Interessenten in anderen Ländern zu verkaufen, bleiben ergebnislos. Die persischen Techniker haben sich unfähig erwiesen, die wertvollen Produktions- und Raffinationsanlagen betriebsfertig zu erhalten.

Andererseits macht sich auch für England der Ausfall des persischen Öls störend bemerkbar. Zwar hat die Anglo-Iranian Oil Co. den Ausfall durch erhöhten Rückgriff auf die ergiebigen Ölfelder von Kuwait, Irak und Saudi-Arabien unerwartet leicht und schnell ausgleichen können und dadurch ihre internationale Reputation für technische und kaufmännische Leistungsfähigkeit noch erhöht, aber die Umstellung von Commonwealth-Märkten auf andere Ölquellen bringt unvermeidlich erhebliche Dollarausgaben mit sich, die England angesichts seiner angespannten Devisenlage höchst unangenehm sind. Außerdem fragt es sich, ob sich nicht doch die eine oder andere ausländische Ölvertriebsgesellschaft früher oder später bereitfinden wird, persisches Öl für ihre Verteilungsnetze anzukaufen. Nach dem jüngsten Haager Urteil könnten solche Transaktionen nicht in allen Ländern mit Aussicht auf Erfolg angefochten werden.

Der nüchtern und real denkende Engländer kann nicht verstehen, warum sich die Mossadek-Regierung so sehr sträubt, auf Englands traditionelle Position und ökonomische Interessen Rücksicht zu nehmen. Schließlich haben beide Länder ein Interesse daran, daß von den persischen Ölquellen der beste Gebrauch gemacht wird. Persien kann es nicht gleichgültig sein, wenn das persische Öl vom Weltmarkt verdrängt und die für persisches Öl aufgezogene Vertriebsorganisation auf Öle anderer Provenienz umgestellt wird. Auch eine persische Ölgesellschaft würde fremde Techniker und Apparaturen, Tankschiffe und Vertriebsstellen, und nicht zuletzt auch fremdes Kapital brauchen. Andererseits kann es der westlichen Welt nicht gleichgültig sein, was in Persien geschieht. Bei den Unruhen, denen Mossadek seine Rückkehr in die Regierung verdankt, konnte man die Hand der kommunistischen Tudeh-Partei im Hintergrund fühlen. Eine Verschärfung der finanziellen und wirtschaftlichen Krise in Persien würde den Kommunisten Vorschub leisten. Es ist hauptsächlich aus diesem Grunde, daß man in London wie auch in Washington den Ölstreit nicht bis zur letzten Konsequenz durchfechten will.

So paradox es auch klingt, bereitet Persiens finanzielle Schwäche, die, wie man ursprünglich glaubte, die Mossadek-Regierung zum Einschwenken veranlassen würde, dem Auswärtigen Amt in London heute größere Sorge als anscheinend den persischen Machthabern selbst. Die Vorgänge in Ägypten unterstreichen die politischen Gefahren, die sich aus der wirtschaftlichen Labilität des Mittleren Ostens ergeben. Demgegenüber tritt der ölwirtschaftliche Aspekt des britisch-persischen Konflikts in den Hintergrund, weil die Anglo-Iranian Oil Co. auch auf lange Sicht ihre südpersische Produktion durch ihre Beteiligungen an anderen Ölfeldern ersetzen kann. In Teheran weiß man das ebenso gut wie in London, und es bleibt nun dem diplomatischen Geschick beider Seiten überlassen, hieraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. (A.)

Hamburgs wirtschaftliche Sonderstellung im Spiegel seiner Verfassung

Dr. Harald Sieg, Hamburg

Der Welthafen Hamburg ist Mittler zwischen Übersee und dem deutschen und europäischen Hinterland. Damit hat Hamburg eine wirtschaftliche Aufgabe, die weit über die regionalen Grenzen seines Stadtgebietes hinausführen. Im Rahmen einer Provinz- und Distriktsverwaltung läßt sich eine so weltumspannende Aufgabe nicht durchführen, denn ihre Lösung verlangt ein souveränes und selbständiges Auftreten und Verhandeln mit wirtschaftlichen und politischen Repräsentanten aus allen Ländern der Welt, sie erfordert aber auch Verantwortungsfreudigkeit, Entschlußkraft und Wendigkeit, die niemals von den abhängigen Instanzen einer regionalen Verwaltung übernommen werden könnten. Nur als unab-